



# Krakauer Memorandum Mai 2006

## LifeLongLearning

**Sokrates**  
Grundtvig

## Lernen für eine Kultur des selbst bestimmten und solidarischen Lebens

St. Virgil Salzburg · Österreich, Forum Katholischer Erwachsenenbildung · Österreich, Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e.V. (DEAE) · Deutschland, Verein für christliche Frauenbildung (KNFE) · Ungarn, Askov – Hojskole · Dänemark, Stiftung Homo Homini · Polen.

Grundtvig II – Lernpartnerschaft 2004 - 2006

### 0. Präambel

Ausgehend von der Definition "Lebensbegleitender Bildung", wie sie die europäische Kommission formuliert<sup>1</sup>, setzen wir uns ein für einen Bildungsbegriff, der alle Formen des Lernens gleich wertschätzt. Bildung hat das Ziel, Menschen zu befähigen, sich mit dem sozialen, politischen und ökonomischen Status quo kritisch auseinander zu setzen und die eigene Zukunft verantwortlich zu gestalten.

Ausgangspunkt unserer Lernpartnerschaft „Lernen für eine Kultur des Lebens“ war daher das Anliegen, ein Bildungsverständnis zu konkretisieren, das jenseits kurzfristiger beruflicher Anpassungsqualifikationen nachhaltige Lernprozesse in Gang setzt. Diese fördern vor allem Selbstbildung und soziale Verantwortung, die individuelle Entwicklung und die Erhaltung und Weiterentwicklung einer demokratisch mitmenschlichen Gesellschaft in einem zusammenwachsenden Europa.

### 1. Verständnis allgemeiner Erwachsenenbildung

Ergebnis unseres Prozesses, in dem wir unterschiedliche Perspektiven und verschiedene bildungspolitische Kontexte erkundet und respektiert haben, ist die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses von allgemeiner Erwachsenenbildung.

Bildungsprozesse betreffen sowohl die Einzelne/den Einzelnen als auch die Gesellschaft insgesamt. Bildung ist mit der Entwicklung einer unverwechselbaren Persönlichkeit untrennbar verbunden. Prozesse lebensbegleitender Bildung müssen heute vor allem zu Lebenssinn, Lebensbewältigung und Identität

---

<sup>1</sup> [http://ec.europa.eu/education/policies/lll/life/what\\_islll\\_en.html](http://ec.europa.eu/education/policies/lll/life/what_islll_en.html)

titätsarbeit beitragen. Mit Bildung im Sinne vielfältiger Lebensentfaltung sind demnach vor allem folgende Merkmale angesprochen: Selbständigkeit des Denkens, ethisches Urteilvermögen, Entwicklung von Beziehungs- und Bindungsfähigkeit, Einübung in den toleranten und respektvollen Umgang mit dem Fremden bzw. dem Anderen, Eigeninitiative und Mitgestaltung.

Zu Bildung gehören diesem Verständnis entsprechend Fragen des persönlichen und sozialen, des religiösen und kulturellen, des wirtschaftlichen, beruflichen und politischen Lebens.

Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit und das Ringen um die Realisierung und Konkretisierung dieser und anderer Grundwerte in einem zusammenwachsenden Europa sind auf eine lebensbegleitende Bildung angewiesen, die die Verantwortung der Einzelnen für sich und das demokratische Gemeinwohl fördert.

Bildung ist Grundlage für die Förderung von Bedingungen und Möglichkeiten souveräner Lebensgestaltung. Dies ist vor allem wichtig in einer Gesellschaft, die neben der Pluralisierung der Lebensformen durch einen dynamischen Wandel in allen Lebensbereichen geprägt ist.

Aus der Perspektive der nationalen Projektpartner, die aus sehr unterschiedlichen Strukturen kommen, in verschiedenen Traditionen und mit voneinander abweichenden Zielgruppen und Milieus arbeiten, sind unsere Einrichtungen und Initiativen **Lern- und Zeiträume**:

- **der Auseinandersetzung und Gestaltung von Lebenskultur**,  
wo Menschen angeregt werden, sich mit ihrem Lebenskonzept und ihren Lebens- und Handlungsperspektiven auseinander zu setzen,
- **des Lernens und Ausprobierens**,  
wo Praxis und Erfahrungen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern reflektiert und begleitet werden und neue Formen des Lernens, des Umgangs mit Wissen etc. versucht werden,
- **gelebter Solidarität**,  
wo Solidarität mit „ärmeren“ Teilnehmerinnen und Teilnehmern möglich ist und Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen integriert werden,
- **der Unterbrechung und des Atemholens**,  
wo eine Atmosphäre der Gastfreundschaft und der Verlangsamung, der Kommunikation und der Entspannung gepflegt wird,
- **der Inspiration und Neuanfänge**,

wo vertrauliche Räume für Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen bestehen, wo innovative Projekte und soziale Netzwerke entstehen,

- ***des Dialogs und der Vielfalt,***

wo die Differenz zwischen Kulturen, Religionen und Weltbildern als positive Herausforderung bewusst wahrgenommen, wo Dialog als Verständigung mit anderen sowie als Ermöglichung beiderseitiger Entwicklung praktiziert wird,

- ***für das "ganz Andere",***

wo kontroverse Positionen ausgetragen werden und Räume der Begegnung für Menschen mit anderen Lebensformen bestehen.

## **2. Nationale Perspektiven der Erwachsenenbildung im Übergang**

### **2.1. Dänemark:**

Mit den Heimvolkshochschulen entstand in Dänemark im 19. Jahrhundert eine Lernform, die nationale Erinnerungsimpulse und demokratische Emanzipationsideale in ein neues Bildungskonzept integriert hat.

Dieses Konzept beinhaltet:

- persönliche Entwicklung und die Entfaltung individueller Fähigkeiten,
- soziale Gemeinschaft,
- soziales Lernen als Medium individueller Entwicklung und als Hintergrund eines nationalen und kulturellen Zusammengehörigkeitsgefühls.

Es hat die Basis politischer und individueller Solidaritätsverpflichtungen entscheidend geprägt. Mit der Entwicklung des allgemeinen Wohlstandes und der Ausformung der Wohlfahrtsgesellschaft veränderte sich die Position der Heimvolkshochschulen, steigende Individualisierung führte zu sinkender Nachfrage. Die Forderung nach größerer Effizienz begleitete diese Entwicklung und verstärkte das formale Kompetenzdenken.

Zurzeit stehen die Heimvolkshochschulen unter politischem Druck, sich diesem Trend anzupassen, und nehmen infolgedessen Kombinationen von formaler und realer Kompetenz in ihr Programmangebot auf.

Gegenwärtig zeichnet sich ein Konflikt dort ab, wo die unerlässlichen Forderungen nach Allgemeinbildung in einem globalisierten Zeitalter zum instrumentellen politischen Denken in Widerspruch stehen.

## **2.2. Deutschland**

Das deutsche Erwachsenenbildungssystem geht in seiner heutigen Gestalt auf die Gesetzgebung in den meisten Bundesländern Deutschlands in den Jahren nach 1970 zurück. Durch sie wurde der Grundsatz der „öffentlichen Förderung“ als Strukturprinzip der Erwachsenen- und Weiterbildung etabliert.

Dieser Grundsatz ist seinerseits aus dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes abzuleiten. Durchsetzbar war das Prinzip jedoch nur, weil Erwachsenen- und Weiterbildung als gesellschaftliche Aufgaben begriffen worden waren. Eine strukturelle Besonderheit des Systems liegt auch darin, dass die Wahrnehmung der öffentlichen Verantwortung nicht nur öffentlichen (d. h. staatlichen bzw. kommunalen) Trägern, wie den Volkshochschulen, sondern ebenso gleichberechtigt freien Trägern (Kirchen, Gewerkschaften u. a.) übertragen wurde.

In den letzten Jahren hat sich der Staat zunehmend aus der öffentlichen Verantwortung für die Erwachsenenbildung zurückgezogen zu Gunsten einer aufgaben- und interessenbezogenen Projektförderung und leistungsbezogener, vertraglicher Vereinbarungen.

## **2.3. Österreich**

Ähnlich wie in Deutschland reagiert Anfang der 80er Jahre der Gesetzgeber auf die gewachsenen und teilweise neu entstandenen Anforderungen an die Erwachsenenbildung. Mit dem Förderungsgesetz des Bundes für Erwachsenenbildung aus dem Jahr 1973 gibt es bis heute keine gesetzlich definierte Verpflichtung des Staates auf Finanzierung der Erwachsenenbildung, sondern nur die gesetzlich bekundete Bereitschaft, sie zu fördern – anders als im Bereich der Erstausbildung, also vor allem im Schul- und Hochschulwesen. Mit diesem Gesetz können allgemeine, politische und berufsorientierte Verbände und Einrichtungen der Erwachsenenbildung gefördert werden. Der Anteil der auf der Grundlage dieses Gesetzes an gemeinnützige Träger der Erwachsenenbildung jährlich verteilten Mittel liegt deutlich unter einem Prozent des Bildungsaufwandes. Neben dem Bund geben Länder, Städte und Gemeinden Subventionen für die Erwachsenenbildung, die allerdings in den letzten Jahren auch rückläufig waren.

Sehr viel mehr Mittel, und zwar für berufsorientierte Weiterbildung, werden alljährlich vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit aufgebracht und über das Arbeitsmarktservice in Maßnahmen investiert.

Während in den letzten Jahren die institutionelle und personelle Förderung der allgemeinen Erwachsenenbildung deutlich zurückgegangen ist (auch zugunsten von Projektförderung und Leistungsvereinbarungen), steigen im Bund die Mittel für wissenschaftliche Weiterbildung und in einigen Bundesländern die Mittel für Subjektförderung in Bereichen berufsorientierter Erwachsenenbildung.

## 2.4. Ungarn

Im 19. und 20. Jahrhundert. waren in Ungarn die Volkshochschulen Vermittler der Bildung. In der Zeit des Parteistaates haben die Sommeruniversitäten diese Aufgabe übernommen. Es gab außerdem Arbeiterschulen, Bildungshäuser, betriebliche Schulungen und Kurse als Instrument der ideologischen Indoktrinierung und der Kaderbildung.

Die politische Wende zeichnete sich schon in den 80er Jahren ab. Unabhängige Intellektuelle initiierten die Neugründung von Volkshochschulen, die in den Jahren 1949/50 wie alle anderen Vereine verboten worden waren. Diese neu eröffneten Volkshochschulen signalisierten deutlich eine Gegenposition zum staatlich reglementierten Bildungssystem. Volkshochschulen haben in Ungarn eine lange Tradition. Ihre Blüte fiel in die Zwischenkriegszeit, es gab damals mehrere hundert, 40 allein im kirchlichen Raum. Die neuen Volkshochschulen haben eine Akzentverschiebung herbeigeführt mit den Schwerpunkten: Schulung der aktiven Bürgerschaft, Vorbereitung oder Wiedereinstieg in die Arbeitswelt, spezielle Roma-Programme.

1998/99 wurde ein neues Erwachsenenbildungsgesetz (revidierte Fassung 2002) verabschiedet. Mit Ausnahme weniger Sätze handelt es ausschließlich, von beruflicher Aus- und Fortbildung, die in diesem Gesetz durch ein starres Akkreditierungssystem reglementiert wird. Eine staatliche Finanzierung ist an dieses System gebunden. Alle Erwachsenenbildungsinstitutionen wurden verpflichtet, sich staatlich registrieren zu lassen. Bezeichnenderweise ist die Erwachsenenbildung dem Arbeitsministerium unterstellt. Bis Anfang der 90er Jahre war sie eine Sektion des Bildungsministeriums.

Neben den Volkshochschulen haben sich ein Dutzend Erwachsenenbildungsschulungszentren etabliert, die allerdings berufliche Weiterbildung, insbesondere Sprachkurse anbieten. Ungarisch ist eine keine indogermanische Sprache, hat also keine Ähnlichkeit mit anderen europäischen Sprachen, auch nicht mit den slawischen Sprachen – daher die dringende Notwendigkeit, Sprachen, wenn möglich mehrere, zu lernen.

Neben den zahlreichen Einrichtungen der beruflichen Fortbildung entwickeln sich nur langsam jene Erwachsenenbildungsinstitutionen, die so genannte allgemeine, offene, „nicht-formale“ Erwachsenenbildung anbieten: Vorträge, Kurse, Schulungen, Ausbildungen in unterschiedlichen Bereichen u. ä. m. Diese Angebote gehen auf die Bedürfnisse und Wünsche bestimmter Zielgruppen ein, sind personen- und prozesszentriert ausgerichtet und wollen eher Kompetenzen als theoretisches Wissen vermitteln. Zahlreiche Kurse zielen auf die Förderung der so genannten Human-Ressourcen, allerdings ohne die ökonomischen Perspektiven aus dem Auge zu verlieren. Die Zielsetzung ist, bessere Arbeitskräfte heranzubilden. Der Kapitalismus hat den Kommunismus abgelöst.

Auch im kirchlichen Raum fand die offene Erwachsenenbildung Eingang, allerdings vorerst als ein pastorales Instrument der Erwachsenenkatechese. Nur langsam vollzieht sich die Öffnung für Fragen und Probleme der ungarischen Gesellschaft, der Menschen.

## **2.5. Polen**

In der Geschichte der Erwachsenenbildung Polens werden 3 Etappen unterschieden:

- 1) 18. Jh. bis zum 2. Weltkrieg
- 2) Nachkriegszeit bis zur Systemwende
- 3) nach 1989.

Die Zeit bis zum 2. Weltkrieg zeichnete sich durch dynamische Entwicklung von unterschiedlichen Erwachsenenbildungsformen aus, festzumachen u. a. an der Entstehung der Volksuniversitäten. Der 2. Weltkrieg unterbrach diesen Prozess und das kommunistische System verhinderte seine Fortsetzung. Alle Bildungsformen wurden der offiziellen Ideologie untergeordnet. Die Wende des Jahres 1989 ermöglichte die Entwicklung von unterschiedlichen Bildungsinitiativen, wie z. B. Entstehung von neuen Erwachsenenbildungsanstalten und Beginn einer internationalen Zusammenarbeit.

In Polen gibt es mehrere Finanzierungsmöglichkeiten im Bereich der Erwachsenenbildung. Die politische Systemwende hatte eine sehr hohe Arbeitslosigkeit zur Folge, viele Personen sahen sich gezwungen, ihren Beruf zu wechseln. Deswegen wird die berufliche Umschulung durch den Staat finanziert, die berufliche Weiterbildung hingegen durch den Arbeitgeber, manchmal mit finanzieller Beteiligung der Lernenden. Es besteht außerdem die Möglichkeit, unterschiedliche Fördergelder von den staatlichen Institutionen für einmalige oder länger andauernde Projekte zu bekommen.

Die volle Finanzierung der beruflichen Umschulung spiegelt die wesentliche Richtung der Politik im Bereich der Erwachsenenbildung wider: Der Staat betrachtet das Problem hauptsächlich unter dem wirtschaftlichen Aspekt und bemüht sich, eines der wichtigsten ökonomischen sowie gesellschaftlichen Probleme zu lösen - die Arbeitslosigkeit. Derzeit fehlt es in Polen an rechtlichen Regelungen für allgemeine Erwachsenenbildung.

In ihrer langjährigen Tätigkeit organisierte die Stiftung Homo Homini Schulungen hauptsächlich im Bereich der beruflichen Lehrerbildung und der Elternbildung. Es handelte sich dabei sowohl um eintägige Workshops wie auch längere Angebote. Manche der umgesetzten Projekte wurden durch das Bildungsministerium akzeptiert und in ganz Polen realisiert.

### **3. Konfrontation mit dem europäischen Bildungsdiskurs**

Der europäische Qualifizierungsrahmen als Richtschnur für eher beruflich orientierte Weiterbildung muss dringend durch eine Grundsatzerklärung zum Grundangebot des lebensbegleitenden Lernens in Europa unterlegt werden.

In seiner Entschließung zum „Lebensbegleitenden Lernen“ vom 27. Juni 2002 betont der Rat der EU ausdrücklich:

„Allgemeine und berufliche Bildung sind unentbehrlich für die Förderung des sozialen Zusammenhalts, ein aktives Staatsbürgertum, ein erfülltes Privat- und Berufsleben sowie für die Anpassungs- und Beschäftigungsfähigkeit.“

Ergänzend dazu wird in einem weiteren Dokument des Rates über „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ vom 26. Februar 2004 ausdrücklich betont, dass in der Förderung der Erwachsenenbildung ein zu starkes Gewicht auf die Beschäftigungsfähigkeit zu Lasten der allgemeinen Bildung gelegt wird.

Das ist ein deutlicher Hinweis, dass der Bildungsbegriff in den nationalen Bildungspolitiken (und der Bildungspolitik der EU) einer dramatischen Verkürzung im Sinne kurzfristiger Anpassungsqualifikationen unterliegt. Bildungspolitik muss angesichts eines einseitig wirtschaftlich orientierten Denkens der Politik (Europa als wettbewerbsfähigster und wissensbasiert fähigster Wirtschaftsraum der Welt) im Sinne europäischer Grundwerte weiterentwickelt werden und darf nicht allein eine Reaktion auf wirtschafts-, kultur- oder sozialpolitische Entwicklungen sein.

Vielmehr brauchen die Menschen lebensbegleitende Bildung, um Kompetenzen zu entwickeln, die für ein selbst bestimmtes und solidarisches Leben in Europa von Bedeutung sind. Über die Anforderungen des europäischen Qualifizierungsrahmens hinausgehend sind Kompetenzen erforderlich:

- für den aufgeklärten Umgang mit bedrohter und gebrochener Identität,
- für die Teilhabe an und den Umgang mit modernen Lebenszusammenhängen,
- zur Nutzung und Begrenzung technischer Optionen, zum zukunftsfähigen Umgang mit Menschen, Natur und Umwelt,
- zur Sensibilisierung für soziale und gesellschaftliche Prozesse, die die Gestaltungssouveränität des Einzelnen oder der Gesellschaft untergraben und für Prozesse, die einen gerechten Umgang zwischen den Geschlechtern und Generationen fördern,
- für einen respektvollen, belastbaren, konfliktfähigen Umgang im persönlichen und öffentlichen Raum, den Aufbau von Bindungs- und Beziehungsfähigkeit (vor allem in der Eltern- und Familienbildung)
- zu Kenntnis und Umgang mit dem Erbe von Deutungen der Welt, der Gesellschaft und der Individuen,
- zur Einübung von Erinnerungs- und Utopiefähigkeit,
- zum Abbau von Fremdbestimmung und zum Aufbau der Fähigkeit, ein eigenes Lebenskonzept aufzubauen und zu realisieren und für die persönliche körperliche, geistige und seelische Entwicklung mit Verantwortung zu tragen,
- zum Erwerb von Kenntnissen über eigene Kultur, Traditionen und Religionen sowie zum Erwerb profunden Wissens über die anderen Kulturen, Traditionen und Religionen als Voraussetzung für Toleranz und soziale Integration,
- zur Förderung der Fähigkeit, Werte zu entwickeln und wahrzunehmen sowie die Hoffnungsdimension und Visionsfähigkeit von Religion zu entdecken.

## **4. Lernerfahrungen, Ausblick und bildungspolitische Konsequenzen**

### **4.1. Dänemark**

Für die dänischen Teilnehmer war es aufschlussreich und rücken stärkend zu beobachten, dass alle Partner mit der Behauptung der Allgemeinbildung gegenüber dem Vorrang des ökonomischen Denkens und der daraus abgeleiteten Instrumentalisierung und Formalisierung des Bildungsgedankens beschäftigt waren.

In Dänemark werden wir uns gestärkt und verstärkt der Planung und Durchführung von Citizen-Kursen widmen, d. h. ein- bis zweiwöchige Internatskurse auf englisch für Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen europäischen Ländern zum Thema „Active Citizenship“. Dies setzt eine verstärkte Zusammenarbeit der allgemein bildenden Organisationen und Institutionen auf europäischer Ebene voraus.

Unser Projekt sehen wir als wichtigen Beitrag, diese Idee weiterzubringen.

## **4.2. Deutschland**

Eine wichtige Entdeckung im Verlauf der gemeinsamen Lernpartnerschaft bestand darin, dass es eine erhebliche Ungleichzeitigkeit und Uneinheitlichkeit im europäischen Bildungsdiskurs gibt. Eine kontinuierliche Verständigung über unterschiedliche Bildungsinhalte und politische Rahmenbedingungen ist daher notwendig.

Bereichernd war die Erfahrung, sich "mit fremden Augen" sehen zu lernen - sich also Außenstehenden gegenüber verständlich darzustellen. Gleichzeitig wurde dadurch die Sensibilität für die jeweiligen Besonderheiten der europäischen Projektpartner gestärkt.

Für die beteiligten Einrichtungen ist deutlich geworden, dass die europäische Perspektive auch auf nationaler Ebene als eigenständiges Handlungsfeld für die allgemeine Erwachsenenbildung und ihre Organisationen an Bedeutung gewinnen muss.

Eine zentrale Aufgabe auf politischer Ebene liegt darin, einen strategisch ausgerichteten Prozess in Gang zu setzen, um ein "Grundsatzpapier" zur Bedeutung der allgemeinen Erwachsenenbildung als öffentliche Aufgabe in Europa zu schaffen. Daraus sind u. a. förderpolitische Konsequenzen zu begründen und in europäischen Entscheidungsgremien zu vertreten. Dabei sollten bereits existierende Organisationen in den Blick genommen werden, um die bildungspolitische und fachliche Vertretung der allgemeinen Erwachsenenbildung im europäischen Kontext zu stärken.

Die besondere Herausforderung der konfessionellen Träger ist es, das spezifische Profil einer religiös-christlich fundierten allgemeinen Erwachsenenbildung in den europäischen Bildungsdiskurs verstärkt einzubringen.

### **4.3. Österreich**

Auf dem Hintergrund einer fehlenden Tradition an gemeinsamen Begrifflichkeiten in den im Projekt vertretenen Sprachen war es nicht einfach, zu definitiven Ergebnissen zu kommen. Eine große Hilfe in diesem Zusammenhang war die gegenseitige Präsentation von Bildungsprojekten, ihren Zielen und ihrem Verlauf. Hier ließ sich sehr anschaulich vermitteln, welche Intentionen und welche didaktischen Vorstellungen die Arbeit der jeweiligen Institution leiten.

In naher Zukunft sollten für hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf europäischer Ebene Weiterbildungsmodule für die Bildungsarbeit mit verschiedenen Zielgruppen (z. B. Migrantinnen und Migranten, Eltern, ältere Menschen) entwickelt und realisiert werden. Dazu gehört auch die Ausarbeitung von Angebotsprofilen und Curricula für die Referentinnen und Referenten in den jeweiligen Bereichen.

Regional, national und auf europäischer Ebene sollte das Bewusstsein für dringend notwendige Kooperationen zwischen den allgemein bildenden Einrichtungen und Verbänden geweckt und gestärkt werden, damit die allgemeine Erwachsenenbildung nicht bildungspolitisch an den Rand gedrängt wird.

### **4.4. Ungarn**

Für die ungarischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer war es ein bereichernder Kontakt mit erfahrenen Erwachsenenbildungszentren und Institutionen im europäischen Bereich. Es entstanden daraus Zukunftsvisionen, wie z. B. ein ähnliches Grundtvig II - Projekt der Allianz der katholischen europäischen Frauenverbände.

### **4.5. Polen**

Beim Einstieg in das Projekt Grundtvig II setzten sich die Vertreter der Stiftung Homo Homini folgende Grundziele:

- Beschreiben und Definieren des Begriffs „Erwachsenenbildung“ sowie Kennen lernen der organisatorischen Erwachsenenbildungsstrukturen in anderen europäischen Ländern,
- Gründung eines Zentrums für allgemeine Erwachsenenbildung im Rahmen der Stiftung Homo Homini.

In Bezug auf den ersten Punkt erarbeitet die Stiftung Homo Homini ein Miniwörterbuch Deutsch - Polnisch mit der Erwachsenenbildungsterminologie. Sie organisierte auch zwei Konferenzen, deren Ziel in der Förderung der Idee der allgemeinen Erwachsenenbildung bestand.

Die volle Umsetzung der oben genannten Punkte sprengt den Zeitrahmen dieses Projektes. Insbesondere hat der im zweiten Punkt beschriebene Plan Zukunftscharakter.

Derzeit werden Gespräche mit dem Benediktiner-Stift Tyniec mit dem Ziel geführt, notwendige Räumlichkeiten für ein solches durch die Stiftung geleitete Erwachsenenbildungszentrum zu sichern.

## **Unterzeichnende:**

**Erik Jensen**  
**Henning Dochweiler**  
*Askov - Hojskole · Dänemark*

**Gardis Jacobus - Schoof**  
**Christiane Liebald**  
**Andreas Seiverth**  
**Helmut Strack**  
*Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e.V.*  
*(DEAE) · Deutschland*

**Peter Braun**  
**Michaela Luckmann**  
*St. Virgil Salzburg · Österreich*

**Dolma Breunig**  
*Österreich, Forum Katholischer Erwachsenenbildung · Österreich*

**Marek Babik**  
**Beata Helizanowicz**  
*Stiftung Homo Homini · Polen*

**Agota Baternay**  
**Eszter Palotas**  
*Verein für christliche Frauenbildung (KNFE) · Ungarn*

**Kontakt:**

**Michaela Luckmann**

**[michaela.luckmann@virgil.at](mailto:michaela.luckmann@virgil.at)**

**+43/662/65901-534**